



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 23.02.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 26. Februar 2024

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag vor allem mit Vorstössen zu Bildungsthemen befassen. Es geht unter anderem um Massnahmen gegen den Lehrermangel, um die Kostenverteilung bei Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche, um Unterstützung für Repetenten ohne Lehrvertrag beim Berufsabschluss und um genügend Mittelschulplätze für sportliche oder musikalische Talente.

Vier Vorstösse werden überwiesen oder vertagt – und einer wird bereinigt

Zu Beginn der Sitzung sind vier Vorstösse traktandiert, die der Regierungsrat entgegenzunehmen bereit ist. Opponiert niemand aus dem Parlament, werden sie überwiesen. Falls sich ein Ratsmitglied aber gegen die Überweisung stellt, wird der Vorstoss zu einem späteren Zeitpunkt für die inhaltliche Diskussion neu angesetzt. Der erste dieser Vorstösse ist ein Postulat der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK). Sie verlangt vom Regierungsrat, ein Förderprogramm für besonders begabte Jugendliche mit Migrationshintergrund oder fremdsprachigen Eltern langfristig sicherzustellen ([KR-Nr. 177/2013](#)). Ziel ist es, damit Jugendlichen aus bildungsfernen Familien zu helfen, die Abschlüsse zu erreichen, die ihrem Potenzial entsprechen. Die anschliessend traktandierete Motion stammt von der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU). Hier geht es darum, eine bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz zu beseitigen ([KR-Nr. 366/2023](#)). Konkret ist festzulegen, welche Strassenprojekte kantonale Genehmigung erhalten müssen und was dabei genau geprüft werden soll. Es ist der zweite Anlauf für eine entsprechende Anpassung, nachdem das Bundesgericht die erste Revision wegen eines Verfahrensfehlers aufgehoben hatte. Mit dem folgenden Postulat verlangt SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel, unterstützt von FDP und Mitte, Massnahmen zur Förderung von Park+Ride-Parkplätzen; dies im Bestreben, eine möglichst nahtlose Verbindung der verschiedenen Verkehrsträger zu gewährleisten ([KR-Nr. 386/2023](#)). Der vierte Vorstoss schliesslich betrifft das Medizinstudium. FDP-Kantonsrat Reto Agosti will Auskunft darüber, wie die Ausbildung der künftigen Ärztinnen und Ärzte an aktuelle Probleme wie den Ärztemangel und weitere gesellschaftliche Realitäten angepasst werden kann ([KR-Nr. 390/2023](#)). Im Anschluss wird der Kantonsrat über die redaktionell bereinigte Fassung einer Änderung im Bildungsgesetz abstimmen. Lange debattiert werden Vorlagen in der zweiten Lesung in der Regel nicht mehr. In der ersten Lesung Mitte Januar hatte sich der Rat mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass auch vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer Stipendien beantragen können, ohne eine Wartefrist von fünf Jahren abwarten zu müssen ([KR-Nr. 358/2020](#)).

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Reto Agosti (FDP, Küsnacht), 043 499 13 30

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Entscheide zu Spitalschulen, Lehrpersonen ohne Zulassung und Kosten von Erziehungshilfen

Die drei nächsten Traktanden betreffen Vorlagen, die der Regierungsrat präsentiert – teilweise im Auftrag des Kantonsrates. Zunächst geht es um den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern ([5903](#)). Es handelt sich um eine Finanzierungsvereinbarung für den Fall, dass Kinder und Jugendliche ausserhalb ihres Wohnkantons im Spital sind und dort eine Schule besuchen. Der Standortkanton entscheidet demnach, was er zu welchem Preis anbietet, und der Nutzerkanton kann unter den Angeboten frei wählen. Die KBIK hat sich einstimmig hinter den Beitritt zu dieser Vereinbarung gestellt. Anschliessend steht der Bericht des Regierungsrates zu einem dringlichen Postulat zur Debatte, das die Anstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung über ein Jahr hinaus verlangt hatte ([KR-Nr. 316/2022](#)). Der Regierungsrat hat sich vorab aus rechtlichen Gründen gegen eine Ausdehnung der geltenden Frist gestellt. Eine Mehrheit der KBIK beantragt dem Rat nun, das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben. Sie anerkennt zwar die rechtliche Situation, hätte sich aber angesichts des Lehrermangels ein aktiveres Vorgehen des Regierungsrates gewünscht. Einstimmig steht die KBIK hingegen hinter der nächsten Vorlage, mit welcher der Regierungsrat eine Motion aus dem Kantonsrat im Kinder- und Jugendheimgesetz umsetzt. Es geht darum, dass die Gemeinden bei Erziehungshilfen ausschliesslich die Kosten der Leistungserbringer übernehmen und nicht auch noch die administrativen Kosten mitfinanzieren, die dem Kanton dabei entstehen ([KR-Nr. 209/2019](#)).

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zu Nachholbildung, Tastaturschreiben, Kunst- und Sportschulen und mehr

Bei den anschliessend traktandierten Vorstössen entscheidet der Kantonsrat, ob er sie dem Regierungsrat überweist. Debattiert werden sie, weil entweder der Regierungsrat sie ablehnt oder ein Ratsmitglied sich gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hat. Inhaltlich geht es zuerst darum, Repetierende ohne Lehrvertrag so zu unterstützen, dass sich ihre Chancen auf einen Berufsabschluss verbessern. Die Motionärin Karin Fehr Thoma verlangt mit Unterstützung aus SP, FDP und EVP, die Kosten für den Berufsfachschulunterricht und die überbetrieblichen Kurse zu übernehmen ([KR-Nr. 276/2021](#)). Um die Förderung einer sehr konkreten Kompetenz geht es SVP-Kantonsrätin Sandra Bossert. Per Motion fordert sie, das Erlernen des Zehnfingersystems in der obligatorischen Schulzeit vorzuschreiben, weil das bei der fortschreitenden Digitalisierung enorm wichtig sei ([KR-Nr. 278/2021](#)). Das Anliegen des folgenden Postulats, das von FDP-Kantonsrätin Raffaella Fehr vertreten und von SP und Grünen unterstützt wird, ist es, genügend Mittelschulplätze für sportliche, tänzerische oder musikalische Talente zur Verfügung zu stellen, damit diese Matura und Hochleistungstraining verbinden können ([KR-Nr. 280/2021](#)). Support aus FDP, EVP und GLP hat SVP-Kantonsrat Rochus Burtscher mit seinem von Matthias Hauser übernommenen Postulat zu den Elternabenden für die Eltern der zweiten Sekundarklassen an den Berufsinformationszentren (BIZ) ([KR-Nr. 436/2021](#)). Statt dass die Eltern zu den BIZ-Standorten gehen müssen, sollen laut dem Vorstoss die Berufsberaterinnen und -berater die Elternabende zur Berufswahl an den Sekundarschulen besuchen. Von der SP stammt die Forderung, Quereinsteiger in den Lehrberuf bei der Ausbildung finanziell zu unterstützen ([KR-Nr. 28/2022](#)). Diese Studiengänge seien eine wesentliche Stütze zur Deckung des Mehrbedarfs an Lehrpersonen, argumentiert Kantonsrätin Monika Wicki. Gleichzeitig seien Interessierte meist in einer Lebensphase, in der ein Erwerbsausfall über mehrere Jahre nicht möglich sei. Mit der anschliessend traktandierten Motion fordert wiederum Rochus Burtscher, Lehrkräfte mit Fachhochschulabschluss und einem Lehrdiplom der Pädagogischen Hochschule für die Sekundarstufe II bezüglich Anstellung und Tätigkeiten an Berufsschulen und Berufsmittelschulen Lehrkräften mit universitärem Abschluss gleichzustellen ([KR-Nr. 85/2022](#)).

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), 079 288 15 14
Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61
Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78
Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37